

Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik: Die Herausforderung der achtziger Jahre

Dr. Günther Schmid, geboren 1942 in Konstanz, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie in Freiburg und Berlin, Assistent am Fachbereich politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin, seit 1974 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Internationalen Institut für Management und Verwaltung des Wissenschaftszentrums Berlin.

Arbeitsmarktpolitik muß Struktur- und Prozeßpolitik sein

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den 80er Jahren ist schwer einzuschätzen. Noch schwieriger ist die Frage zu beantworten, wie die Arbeitsmarktpolitik im

kommenden Jahrzehnt zu gestalten sei. Ein Rückblick auf vergangene Erfahrungen und Überlegungen für die mittelfristige Zukunft sollte dennoch wertvolle Anhaltspunkte vermitteln, auch wenn sie teilweise nur Aufforderungen zum Weiterdenken sein können.

Arbeitsmarktpolitik ist in der Bundesrepublik lange Zeit als Sozialpolitik betrieben worden. Der Versicherungsgedanke, d. h. die Garantie des Lebensunterhaltes bei vollkommenem (Arbeitslosengeld) oder teilweise Verlust des Arbeitseinkommens (Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld), prägte lange Zeit die Aufgabenstellung. Auch Beratungs- und Vermittlungstätigkeit standen in engem Zusammenhang mit versicherungsrechtlichen Leistungsansprüchen. Mit entsprechendem Gewicht war die „Zumutbarkeit“ der Arbeit in den vergangenen Jahren ein dauernder Konfliktpunkt. Erst in jüngerer Zeit entwickelte sich unter dem Motto „aktiver Arbeitsmarktpolitik“ eine Orientierung hin zu einer mehr gestaltenden und präventiven Politik, die sich bemüht, neben den traditionellen Funktionen auch regional- und strukturpolitische Zielsetzungen aufzunehmen. Es ist jedoch fraglich, ob unter dieser veränderten Zielsetzung, die sicherlich auch die 80er Jahre bestimmen wird, das verfügbare Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik ausreichen wird.

Die zentrale These, die ich im folgenden begründen möchte, lautet: Präventive Arbeitsmarktpolitik muß stärker als bisher Struktur- und Prozeßpolitik sein. Eine solche Politik kann über gesetzliche Regulierung allein nicht in Gang gesetzt werden; diese stellt ein notwendiges, aber nicht hinreichend flexibles Instrument dar. Vielmehr ist das von der Arbeitsverwaltung erbrachte Leistungsangebot zu erweitern, und die Maßnahmen müssen mehr über den arbeitsmarktpolitischen Zweck als über die unmittelbar auslösenden Ursachen, d. h. den schon eingetretenen Schadensfall gesteuert werden. Initiierung, Koordination und Hilfestellung von beschäftigungssichernden und beschäftigungsschaffenden Maßnahmen werden jedoch nur die gewünschten Erfolge haben, wenn es gelingt, die divergierenden Eigeninteressen der Marktteilnehmer „gesteuert konfliktfähig“ zu machen, wenn also diese Interessen stärker in dezentrale, selbstregulierende Verhandlungssysteme eingebettet werden.

Gegenwärtige Situation und Entwicklung am Arbeitsmarkt

Die Jahre 1978/79 brachten zwar einen erfreulichen Rückgang der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Beschäftigungsanstieg, aber noch immer liegt das jahresdurchschnittliche Niveau der Millionengrenze näher als der 600-Tausend-Marke, die nach dem Standard des Internationalen Arbeitsamtes als Vollbeschäftigung gelten könnte (d. h. eine Arbeitslosenquote von 3 Prozent). Noch weiter entfernt ist das jetzige Arbeitslosenniveau von der Vollbeschäftigungs-Definition früherer Lehrbücher, der sich beispielsweise die Bundesanstalt für Arbeit, aber auch die Bundesregierung im Jahre 1974 noch angeschlossen hatten: „mit den genannten Instrumen-

ten und gezielten Maßnahmen . . . erscheint ein Zielprojektionswert von 0,7-1,2% der abhängigen Beschäftigten als Arbeitslose realistisch"¹.

Die meisten Prognosen für die 80er Jahre erwarten allerdings einen Stopp des Abbaus und tendenziell wieder eine leichte Zunahme der Arbeitslosigkeit. „Aufgrund der zu erwartenden Wachstumsverlangsamung wird sich die Beschäftigungsexpansion der beiden letzten Jahre im Verlaufe des kommenden Jahres in eine gegenläufige Tendenz wandeln. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Zahl der Erwerbstätigen um 0,2% niedriger liegen als im Vorjahr. Der seit vier Jahren allmählich vorankommende Abbau der Arbeitslosigkeit ist damit beendet; es muß mit einem Anstieg der registrierten Arbeitslosenzahl auf etwa 930 000 gerechnet werden².“

Tabelle 1

*Arbeitslose, stille Reserve und Arbeitslosenanteile nach verschiedenen Merkmalen:
Mai 1975 und Mai 1979*

Jahr	Ende Mai 1975	Ende Mai 1979	Veränderung in %
Arbeitslose	1 017 903	775 548	- 23,8
Stille Reserve*)	349 000	650 000	+ 86,2
	in % Arbeitslose		
Frauen	41,7	55,5	+ 1,4
unter 25	24,9	23,8	- 27,3
über 55	10,4	16,1	+ 17,9
länger als ein Jahr arbeitslos	7,0	21,0	+130,0
ohne Ausbildung	61,3	55,4	- 31,2
mit gesundheitlichen Einschränkungen	18,0	33,8	+ 42,9
Schwerbehinderte	3,2	7,8	+ 86,9
teilzeitsuchende Arbeitslose	15,3	22,1	+ 10,0
Angestellte	28,1	38,5	+ 4,5
Arbeiter	71,9	61,5	- 34,8

*) Jahresdurchschnitt; Quelle: ANBA, H. 10/1979 und eigene Berechnungen

Ungünstig für die Arbeitsmarktlage wirkt sich nicht nur die nachlassende Nachfrage nach Arbeitskräften aus. Auch die Zunahme der Erwerbspersonenzahl ver-

1 Bundesanstalt für Arbeit, Überlegungen zu einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik, Nürnberg 1974, S. 33. Die im gleichen Jahr erschienenen „Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik“ des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung stellten fest: „Bei allem wird unterstellt, daß sich die Arbeitslosenquote zwischen 0,7 und 1,2% bewegen wird. Dies steht in Übereinstimmung mit der Vollbeschäftigungsdefinition der Bundesregierung.“ (a.a.O., S. 9) In den Überlegungen II zu einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik (Nürnberg 1978, S. 48) wird von einem „realistischen Zwischenziel“ von 2% Arbeitslosenquote gesprochen.

2 Kurzfassung der Herbstprognose des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI) „Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1979/80“, Düsseldorf 1979, S. 7/8.

größert das Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt. Diese Zunahme ist überwiegend demographisch begründet; sie ist aber auch Ausdruck veränderten Erwerbsverhaltens verheirateter Frauen³, und auch das Heranwachsen der zweiten Ausländergeneration in das erwerbsfähige Alter dürfte dabei eine Rolle spielen. Darüber hinaus gilt es, einen angewachsenen Stock der „stillen Reserve“⁴ abzubauen. In den 80er Jahren müssen daher, gegenüber heute, Arbeitsplätze für etwa 1 Mill. registrierte und ca. 1/2 Mill. nichtregistrierte Arbeitslose und für per saldo 1 Mill. neu ins Erwerbsleben eintretende Personen zusätzlich angeboten und zum Teil auch völlig neu geschaffen werden. Erst nach 1990 ist aus demographischen Gründen voraussichtlich ein erneuter und zunehmender Mangel an Arbeitskräften zu erwarten⁵.

Nach Berechnungen des IAB müßte das Tempo des Wirtschaftswachstums einige Jahre rd. 6 % und mehr betragen und anschließend noch 4 % erreichen, um die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf 300 000 bis 400 000 zu senken. Bei einem mittleren Wachstumstempo von 4 - 4,5%, das heute von vielen für maximal möglich gehalten wird und das auch dem Sozialbudget und der mittelfristigen Zielprojektion der Bundesregierung zugrunde liegt, dürfte bis weit in die 80er Jahre hinein die Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe fortbestehen, wenn nicht zusätzliche arbeitsmarktpolitische Anstrengungen zur Erreichung der Vollbeschäftigung unternommen werden⁶.

Der ohnehin nur zögernde Abbau der Arbeitslosenzahl seit Mai 1975 findet auch nur in geringem Maße eine Erklärung in der konjunkturellen Entwicklung. Überwiegend schlugen sich hierin vielmehr Verdrängungsprozesse am Arbeitsmarkt nieder: Frühverrentung, Übergang in die stille Reserve sowie Rückwanderung ausländischer Arbeitnehmer. So wird z. B. der Rückgang der Arbeitslosenzahl durch die Zunahme der stillen Reserve mehr als wettgemacht⁷. Von Bedeutung für die weitere Entwicklung ist neben dem Umfang der Unterbeschäftigung aber auch die *Struktur* der Arbeitslosigkeit. Diese hat sich durch mehrfache „Aussiebnungsprozesse“ zunehmend verschlechtert.

Vergleicht man die Sondererhebungen der Bundesanstalt für Arbeit Ende Mai 1975 und Ende Mai 1979⁸, dann sind vor allem folgende Veränderungen bemerkenswert: Der Anteil der längerfristig Arbeitslosen (ein Jahr und länger) stieg von 7,0 auf 21,0%; jeder fünfte Arbeitslose ist also heute länger als ein Jahr arbeitslos. In anderen Worten und in ihrer politischen Bedeutung ausgedrückt: die Arbeitslosigkeit mit allen ihren Belastungen wird heute von weniger Personen getragen als im

3 Günther Schmid: „Frauenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland“ in: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bd. 33, Arbeitsmarktsegmentation — Theorie und Therapie im Lichte der europäischen Befunde, Nürnberg 1979, S. 315-378, bes. S. 329 ff.

4 Vgl. Tabelle 1 auf S.

5 Nach Wolfgang Klauder „Längerfristige Arbeitsmarktperspektiven“, in: Wirtschaftsdienst 1979/X, S. 506/7.

6 Ebenda.

7 Vgl. Tabelle 1, S.

8 Vgl. Tabelle 1, S.

Vergleichsjahr 1975⁹. Ein zweiter hervorstechender Zug der heutigen Arbeitslosenstruktur ist die sogenannte „Marginalisierung“, d. h. die Verteilung der Arbeitslosigkeit zunehmend auf schwache Gruppen des Arbeitsmarkts: So hat bei einem allgemeinen Rückgang der Arbeitslosenzahl um rund 24% die Arbeitslosigkeit der Frauen weiter zugenommen; deren Anteil an der Arbeitslosigkeit beträgt mittlerweile 55,5% gegenüber einem Erwerbspersonenanteil von 36% im Jahresdurchschnitt 1978. Damit zusammenhängend hat sich der Anteil der Teilzeitarbeit suchenden Arbeitslosen von rund 15 auf 22% erhöht. Besondere Sorge bereitet die zunehmende Abwälzung des Arbeitslosenproblems auf Personen mit gesundheitlicher Einschränkung: jeder dritte Arbeitslose weist mittlerweile eine eingeschränkte Erwerbsfähigkeit auf; besonders betroffen sind Schwerbehinderte, deren Zahl zwischen Mai 1975 und Mai 1979 um rund 87% anstieg, sich also nahezu verdoppelte (von rund 33 000 auf etwas mehr als 60 000)!

Von der quantitativen Bedeutung her unterschätzt erscheint das Problem der Arbeitslosigkeit älterer Personen: deren Zahl nahm statistisch zwar ebenfalls zu, nicht ausgedrückt ist dabei die Verdrängung in den vorzeitigen Altersruhestand, die aber in einem drastischen Rückgang der entsprechenden Erwerbsquoten sichtbar wird. Es ist empirisch noch nicht eindeutig geklärt, inwieweit es sich bei dieser „Verdrängung“ um eine Entlastung des Arbeitsmarktes handelt, die von den betroffenen Personen selbst gewünscht wurde, um von körperlich und seelisch belastender Arbeit frei zu kommen. Sicherlich trifft diese Annahme in vielen Fällen, vor allem bei schweren und unangenehmen Arbeitsbedingungen zu. Es gibt jedoch auch Anzeichen, daß die Unternehmen die Möglichkeiten des vorgezogenen Altersruhegelds und der flexiblen Altersgrenze aggressiv dazu benutzt haben, um ihre Belegschaft zu verjüngen; ein Hinweis dafür sind die überdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen der 59jährigen, die nach einem Jahr Arbeitslosigkeit und mit Vollendung des 60. Lebensjahres Anspruch auf vorgezogenes Altersruhegeld erwerben.

Jugendliche unter 25 Jahren haben offensichtlich vom Konjunkturaufschwung profitiert, und Jugendarbeitslosigkeit scheint seit 1979 kein besonderes Problem mehr zu sein. Dennoch ist auf den quantitativ immer noch bedeutenden Anteil der Jugendlichen unter den Arbeitslosen hinzuweisen (etwa jeder 4. Arbeitslose ist unter 25 Jahre alt), wobei zu berücksichtigen ist, daß es vor allem ungelernete Frauen sind, die besondere Schwierigkeiten haben, auf dem Arbeitsmarkt festen Fuß zu fassen. Auch der nach wie vor sehr hohe Anteil von Arbeitslosen ohne Berufsausbildung verweist darauf, daß es offenbar an Qualifikationen bzw. an Ausbildungsplätzen mangelt, was um so höher zu bewerten ist, je mehr sich qualifikationsspezifische Engpässe in Teilbereichen der Wirtschaft zeigen; dies gilt besonders in der Bauindu-

⁹ Zur Verdeutlichung des Sachverhalts: 4% jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik kann bedeuten, daß immer derselbe Personenkreis in der Größenordnung von 850 000 arbeitslos ist; dieselbe Quote kann sich aber auch ergeben, wenn gewissermaßen per Rotation jeden Monat ein anderer Personenkreis von ca. 850 000 arbeitslos wird, im Jahr wären dann insgesamt 10,2 Millionen Personen von Arbeitslosigkeit betroffen gewesen.

strie, in Teilbereichen des Handwerks und im Metallbereich. Der Vollständigkeit halber sei noch auf das regionale Ungleichgewicht hingewiesen, das sich zwischen 1975 und 1979 eindeutig verschärfte; während in vielen Regionen Baden-Württembergs (durchschnittliche Arbeitslosenquote Mai 1979: 1,9%) schon seit längerer Zeit Vollbeschäftigung zu verzeichnen ist, verschärfte sich die Strukturkrise in Regionen des Ruhrgebiets (durchschnittliche Arbeitslosenquote Mai 1979: 4,3%) und teilweise auch im Saarland, in Niederbayern und in Niedersachsen.

Dieser einfache Vergleich des Arbeitslosenbestandes zu zwei Zeitpunkten kann nicht mehr sein als eine holzschnittartige Charakterisierung der Situation. Feinere Analysen über die Dynamik des Arbeitsmarktes sind erforderlich, liegen verschiedentlich auch schon vor oder sind zu erwarten¹⁰. Sie ändern im Prinzip aber wenig an den oben geschilderten Grundzügen, die sich wie folgt zusammenfassen lassen: Ausgangspunkt der Arbeitsmarktpolitik in den 80er Jahren ist ein nach wie vor hohes Niveau der Arbeitslosigkeit und der stillen Reserve, eine sich zunehmend verhärtende Strukturierung der Arbeitslosigkeit zuungunsten von schwachen Gruppen auf dem Arbeitsmarkt, ein in den nächsten zehn Jahren aus verschiedenen Gründen anwachsendes Erwerbspersonenpotential (demographisch, verändertes Erwerbsverhalten, Heranwachsen der zweiten Ausländergeneration), eine Ungewisse, voraussichtlich aber mangelhafte Wachstumsdynamik. Dazu gesellen sich tiefgreifende, die Beschäftigungsstruktur berührende Anpassungsprobleme, die wir hier nur in Stichworten charakterisieren können: Rohstoff- und Energieverteuerung, technologische Innovationen (u. a. Mikrochip), Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung, veränderte Einstellung zur Erwerbstätigkeit (vor allem bei Jugendlichen und Frauen). Die Arbeitsmarktpolitik in den 80er Jahren steht offenbar vor großen und herausfordernden Problemen.

Was kostet die Vollbeschäftigung in der Zukunft?

Arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Alternativen sind zunächst unter fiskal- und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten: Können und sollen wir es uns leisten, mehr für Vollbeschäftigung auszugeben? Diese Frage wird in der Diskussion selten gestellt; gegebenenfalls herrscht aber die Meinung vor, daß wir zuviel ausgeben. Ein vielgelesenes Wochenblatt befaßte sich jüngst mit diesem Thema unter der Schlagzeile „Vollbeschäftigung war noch nie so teuer“¹¹. Es wird hier der oberflächliche Zusammenhang konstatiert: „die Kosten steigen schneller an, als die Arbeitslosigkeit abnimmt“. Damit wird gleichzeitig suggeriert, es sei „etwas faul im Staate“, und entsprechend werden auch Alternativen zur Verbilligung der Vollbeschäftigung formuliert, die alle auf verschärfte Kontrollen zu Lasten der Arbeitslo-

10 Vgl. dazu zahlreiche Arbeiten des IAB in den Mitteilungen oder Beiträgen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (vor allem die Arbeiten von Karr, Egle, Cramer, Brinkmann, Schober-Gottwald); die Arbeiten des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung in München (Lutz, Sengenberger, Schultz-Wild u. a.); Dieter Freiburghaus: Dynamik der Arbeitslosigkeit, Meisenheim 1978; Günther Schmid: Arbeitsmarktpolitik bei strukturierter Arbeitslosigkeit (wird 1980 erscheinen); diese Aufzählung ist nicht erschöpfend.

11 Dieter Piel: „Vollbeschäftigung war noch nie so teuer“, in: Die Zeit vom 5. 10. 1979.

sen hinauslaufen. Abschließend wird bedauert, diese Vorschläge hätten wohl kaum Aussicht auf politische Durchsetzungsfähigkeit, und es wird die rhetorische Frage gestellt: „Wieviel werden wir dann erst für die nächste Welle der Arbeitslosigkeit bezahlen müssen, die ja eines häßlichen Tages kommen könnte?“

Vollbeschäftigung wird im kommenden Jahrzehnt in der Tat teurer sein, aber nicht weil Politiker sich scheuen, unpopuläre Maßnahmen im oben referierten Sinne zu treffen, sondern aus Gründen der Solidarität *und* aus Gründen der ökonomischen Effizienz. Denn die Kosten der Arbeitslosigkeit, fassen wir diesen Begriff einmal etwas weiter, sind noch höher. So errechnet sich allein für das Jahr 1978 ein Verlust am Bruttoinlandsprodukt von ca. 75 Mrd. DM (sogenannte Opportunitätskosten), und die Ausfälle an Steuern, Sozialbeiträgen und Ausgaben für Lohnersatzleistungen brachten für die öffentlichen Haushalte eine fiskalische Belastung von insgesamt 23 Mrd. DM¹². Dazu wären die psychischen und sozialen Belastungen der Arbeitslosen, ebenso wie die gesellschaftlichen Folgekosten (z. B. durch Arbeitslosigkeit induzierte Kriminalität oder Krankheit) hinzuzurechnen. Es lohnt sich also für eine Gesellschaft, sich die Vollbeschäftigung etwas kosten zu lassen¹³.

Auf diese Schlußfolgerung verweist auch ein Vergleich der schwedischen und deutschen Arbeitsmarktpolitik¹⁴. Schweden gibt etwa das Fünffache für selektive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aus¹⁵, und auf diese Weise gelang es in Schweden, die Arbeitslosenquote in der Regel unter der Zweiprozentmarke zu halten. Berechnungen über den Beschäftigungseffekt ergaben, daß die schwedische Arbeitslosenzahl ohne Arbeitsmarktpolitik der bundesrepublikanischen Zahl gleichen würde. Seit 1970 ist in Schweden die Zahl der Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen größer als die Zahl der Arbeitslosen. Die Bundesrepublik ist noch weit entfernt von dieser Entwicklung¹⁶, und es ist auch gar nicht sicher, ob wir „schwedische Verhältnisse“ ansteuern sollten. Weitere Berechnungen ergaben jedoch, daß die Wirksamkeit der bundesdeutschen Arbeitsmarktpolitik im Hinblick auf die Reduktion der Arbeitslosigkeit seit 1975 höher einzuschätzen ist als in Schweden; es scheint somit eine Schwelle zu geben, nach deren Überschreiten die Beschäftigungswirkung selektiver Arbeitsmarktpolitik nachläßt. An diesem Kriterium gemessen besteht für die Bundesrepublik noch ein erheblicher Spielraum für den erweiterten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Programme zur Vorbeugung oder zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit.*

12 Vgl. Martin Koller, „Die Kosten der Erwerbslosigkeit“, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, H. 2, 1979, S. 186-191.

13 Als überzeugendes Plädoyer für Vollbeschäftigungspolitik und für einen guten Überblick über das arbeitsmarktpolitische Maßnahmenpektrum vgl. Bundesanstalt für Arbeit, Überlegungen II zu einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik, Nürnberg 1978, vor allem S. 11-131.

14 Vgl. Jan Johannesson und Günther Schmid, Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Schweden und in der Bundesrepublik Deutschland, IIM/79-6, Berlin 1979 (Schriftenreihe des Internationalen Instituts für Management und Verwaltung; Berlin 42, Platz der Luftbrücke 1-3).

15 Vgl. Tabelle 2 S. 101.

16 Vgl. Tabelle 3, S. 102.

* Dieser Artikel wird in einem der folgenden Hefte fortgesetzt.

Tabelle 2
 Ausgaben für selektive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in % des BSP sowie durchschnittliche Zahl der betroffenen Personen in % der Erwerbspersonen

	1968	1970	1973	1974	1975	1976	1977	1978
SCHWEDEN								
(1) Ausgaben für berufliche und regionale Mobilität	0,34	0,41	0,45	0,38	0,45	0,66	0,86	0,92
(2) Ausgaben für innerbetriebliche Bildung	—	—	0,00	0,00	0,01	0,03	0,14	0,07
(3) Ausgaben zur Arbeitsbeschaffung	0,63	0,43	0,75	0,46	0,55	1,01	1,07	1,03
(4) Ausgaben zur Wiedereingliederung u. f. schwer vermittelb. Arb.kräfte	0,10	0,20	0,24	0,29	0,34	0,40	0,39	0,39
(5) Gesamtausgaben (1+2+3+4)	1,07	1,04	1,44	1,13	1,35	2,10	2,46	2,41
(1) Personen in Berufsbildungsprogrammen (ohne innerbetr. Maßnahmen)	0,68	0,74	0,88	0,76	0,65	0,68	1,00	1,11
(2) Personen in innerbetrieblichen Bildungsprogrammen (geschätzt)	0,10	0,13	0,26	0,24	0,19	0,19	0,52	0,32
(3) Personen in Arbeitsbeschaffungsprogrammen	0,53	0,37	0,84	0,58	0,40	0,63	0,70	1,09
(4) Personen mit geschützten Arbeitsplätzen	0,39	0,58	0,84	0,95	1,01	1,06	1,10	1,13
(5) Gesamtzahl der v. d. selektiven Maßnahmen Betroffenen (1+2+3+4)	1,70	1,82	2,82	2,53	2,25	2,56	3,32	3,65
<i>Arbeitslosenquote</i>	1,9	1,5	2,5	2,0	1,6	1,6	1,7	2,2
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND								
(1) Ausgaben für berufliche und regionale Mobilität	0,03	0,13	0,21	0,23	0,29	0,20	0,13	0,14
(2) Ausgaben für Kurzarbeit und Schlechtwettergeld	0,11	0,18	0,06	0,12	0,25	0,15	0,10	0,11
(3) Ausgaben zur Arbeitsbeschaffung	0,02	0,01	0,10	0,09	0,08	0,08	0,15	0,17
(4) Ausgaben zur Wiedereingliederung in das Berufsleben	0,00	0,01	0,04	0,04	0,05	0,06	0,06	0,08
(5) Gesamtausgaben (1+2+3+4)	0,16	0,33	0,41	0,48	0,67	0,49	0,44	0,50
(1) Personen in Berufsbildungsprogrammen	0,03	0,18	0,37	0,43	0,49	0,39	0,27	0,27
(2) Personen in Kurzarbeit (einschließl. saisonal bedingter Kurzarbeit)	0,39	0,38	0,27	0,63	1,18	0,62	0,52	0,54
(3) Personen in Arbeitsbeschaffungsprogrammen (ABM, Winterarbeit)	0,01	0,01	0,74	0,75	0,70	0,61	0,84	0,87
(4) Personen in Programmen zur Wiedereingliederung oder mit subventionierten Arbeitsplätzen	k.A.	0,07	0,14	0,18	0,30	0,37	0,56	0,55
(5) Gesamtzahl der von den selektiven Maßnahmen Betroffenen	0,43	0,64	1,52	1,99	2,67	1,99	2,19	2,23
<i>Arbeitslosenquote</i>	2,1	0,7	1,2	2,6	4,8	4,7	4,6	4,5

Tabelle 3

Geschätzte Nettoeffekte der selektiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf die Arbeitslosigkeit sowie die potentielle Arbeitslosenquote (in 1000 und in % der Erwerbspersonen)

	in 1000							in %								
	1968	1970	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1968	1970	1973	1974	1975	1976	1977	1978
SCHWEDEN																
(1) Berufliche Bildung	18	20	24	21	20	22	34	39	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5	0,8	0,9
(2) Innerbetriebl. Bildung	2	3	8	8	6	6	13	8	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,3	0,2
(3) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	41	29	67	47	33	53	47	73	1,1	0,7	1,7	1,2	0,8	1,3	1,1	1,7
(4) Geschützte o. subvention. Arb.plätze	15	23	33	39	42	44	46	48	0,4	0,6	0,8	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1
(5) Gesamt (1+2+3+4)	76	75	132	115	101	125	140	168	2,1	1,9	3,3	2,8	2,5	3,0	3,3	4,0
(6) Arbeitslose	85	59	98	80	67	66	75	94	2,2	1,5	2,5	2,0	1,6	1,8	2,2	2,2
(7) Potentielle Arbeitslose (5+6)	161	134	230	195	168	191	215	262	4,1	3,4	5,8	4,8	4,1	4,6	5,1	6,2
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND																
(1) Berufliche Bildung	5	32	68	81	96	78	56	57	0,0	0,1	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2
(2) Kurzarbeit u. saisonale Maßnahmen	70	113	49	111	202	108	90	94	0,3	0,4	0,2	0,4	0,8	0,4	0,3	0,4
(3) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Winterbau	5	3	52	56	72	91	106	119	0,0	0,0	0,2	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4
(4) Wiedereinglied. i. d. Berufsleben o. Subvention. v. Arb.plätzen	k.A.	19	33	40	50	54	68	67	k.A.	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
(5) Gesamt (1+2+3+4)	80	167	202	288	420	331	320	337	0,3	0,6	0,8	1,1	1,6	1,3	1,2	1,3
(6) Arbeitslose*	459	149	273	582	1074	1060	1030	997	1,7	0,6	1,0	2,2	4,1	4,1	4,0	3,8
(7) Potentielle Arbeitslose (5+6)	539	316	475	870	1494	1391	1350	1334	2,0	1,2	1,8	3,3	5,7	5,4	5,2	5,1

k. A. = keine Angaben

*) Die hier verwendete Arbeitslosenquote stimmt nicht mit der amtlichen Statistik überein: Im Ländervergleich wird die Gesamtzahl der Erwerbspersonen zugrundegelegt; die amtliche Arbeitslosenquote ergibt sich dagegen aus dem Verhältnis von Zahl der Arbeitslosen zu Zahl der abhängigen Erwerbspersonen.